

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstanz für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 215

Donnerstag, den 15. September 1927

101. Jahrgang

Die Abrüstungspolitik Deutschlands

Notwendige Feststellungen des Grafen Bernstorff

U. Genf, 15. Sept. Reichstagsabg. Graf Bernstorff, der Deutschland bereits in der vorbereitenden Abrüstungskommission vertreten hat, ergriff gestern in dem Abrüstungsausschuß der Völkerbundsversammlung das Wort zu einer Erklärung, in der er den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage zitierte. Der Redner hob zunächst hervor, daß Deutschland jede Regelung der Abrüstungsfrage annehmen werde, wenn nur überhaupt die Abrüstung zur Durchführung gelange. Er beabsichtige nicht als Vertreter eines bereits abgerüsteten Landes im Rahmen der Generaldebatte, die nur prinzipielle Fragen behandle, für die Abrüstung der anderen Länder Einzelvorschläge zu machen. Es erscheine ihm jedoch erforderlich, im Hinblick auf die Debatte der letzten Tage auf die historische Entwicklung des Begriffs „Sicherheit“ im Laufe der letzten zehn Jahre hinzuweisen. Die Note, die Clemenceau im Namen der alliierten und assoziierten Mächte am 16. Juni 1919 Deutschland übergeben habe, enthalte eine authentische Interpretation dieses Begriffes. In der Note heißt es, daß die Entwaffnung Deutschlands den ersten Schritt zu der allgemeinen Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen darstelle, die die alliierten und assoziierten Mächte als eins der wesentlichsten Mittel zur Verhütung des Krieges durchzuführen suchten. Die Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen sei eine der Absichten des Völkerbundes.

Graf Bernstorff wies sodann auf die Ausführungen Paul Boncour's hin, in denen der Gedanke der Abrüstung durch Sicherheit zum Ausdruck gekommen sei. Demgegenüber stellte Graf Bernstorff die Formulierung „Sicherheit durch Schiedsgericht und Abrüstung“. Die Vollversammlung von 1926 habe die Sicherheit für hinreichend garantiert angesehen, um bereits im Jahre 1927 eine Abrüstungskonferenz einberufen zu können. Der holländische Delegierte Landon, der Vorsitzende der vorbereitenden Abrüstungskommission, habe erklärt, die Sicherheit sei inzwischen noch gewachsen. Es sei nicht verständlich, warum nunmehr die Sicherheit wieder als ungenügend angesehen werden solle. Die Sicherheit schreite fort, doch ihr sei bisher nicht die Abrüstung gefolgt. Während die Sicherheit in der letzten Zeit große Fortschritte ge-

macht habe, zeige der Abrüstungsgedanke seit dem Versailler Friedensvertrag nicht den geringsten Fortschritt.

Der klare Wortlaut des Abs. 6 des Art. 8 des Völkerbundsstatutes verlange ferner die volle Publizität des materiellen Rüstungsstandes der Länder. Dieser Absatz sei bisher niemals durchgeführt worden. Graf Bernstorff betonte sodann, in der öffentlichen Meinung aller Völker werde die Formulierung der Sicherheit lediglich als eine Terminologie aufgefaßt, um hinter ihr den Ausschub der Abrüstung verbergen zu können. Man müsse jetzt der Welt zeigen, daß man wirklich ehrlich abrüsten wolle. Der Redner erklärte dann mit dem Antrag des polnischen Delegierten in der nunmehr vorliegenden Form einverstanden zu sein. Er hob hervor, es sei nicht verständlich, aus welchem Grunde der Zusammentritt der vorbereitenden Abrüstungskonferenz verschoben werden solle. Der Gedanke der Sicherheit müsse selbstverständlich auch von der vorbereitenden Abrüstungskommission erörtert werden, nicht durch Verschlebung, sondern allein durch Beschleunigung der Abrüstungsarbeiten könne man vorwärts kommen. Graf Bernstorff schloß mit den Worten: In den Debatten der letzten Tage ist die Trilogie aufgestellt: Warten, hoffen, handeln. Wir fordern jedoch vor allem das Handeln im Interesse des Paktes und der Menschheit.

Die Ausführungen Graf Bernstorffs wurden von der Versammlung mit langanhaltendem Beifall aufgenommen.

Um die Konferenz der Locarnomächte

Chamberlain wünscht eine Locarno-Besprechung?

Genf, 15. Sept. Von der englischen Delegation wurde gestern mittag mitgeteilt, daß Chamberlain, der am Samstag nach Cannes abzureisen beabsichtigt, „hoffe“, vor Verlassen Genfs noch eine Konferenz der Vertreter der Rhein-paktmächte zustandzubringen. Er verhandelt hierüber gegenwärtig mit dem französischen Außenminister.

Stresemann bei Chamberlain.

U. Berlin, 15. Sept. Den Morgenblättern zufolge hat Chamberlain gestern zum Frühstück den Besuch Stresemanns, Briand's und Vanderveldes empfangen. Dem Besuch nach hat man sich über die Frage der Ratswahlen unterhalten.

Ein neuer Schiedsgerichtsentwurf

Ein Vorschlag Nansens zum Schiedsgerichtsproblem

U. Genf, 15. Sept. In der gestrigen Nachmittagsitzung des Abrüstungsausschusses des Völkerbundes legte der erste Delegierte Norwegens Frithjof Nansen den Entwurf einer internationalen Konvention für die obligatorische schiedsgerichtliche Regelung von Streitigkeiten vor, der folgende Bestimmungen vorstelt:

1. Die Signatarstaaten verpflichten sich, bei allen zwischen ihnen bestehenden Streitfragen für den Fall, daß eine Einigung auf dem Wege der üblichen diplomatischen Mittel oder auf dem Wege gerichtlicher Entscheidung innerhalb eines normalen Zeitraumes nicht erzielt werden kann, sich der folgenden schiedsgerichtlichen Regelung zu unterwerfen.
2. Bei allen juristischen Streitfragen einschließlich derjenigen, die sich auf die gegenseitige Rechtslage der beiden Streitenden Staaten beziehen, sowie insbesondere bei den in Artikel 36 Abs. 2 des Statutes des Haager Internationalen Schiedsgerichtshofes angeführten Fragen erkennen die Signatarstaaten die Zuständigkeit des Haager Schiedsgerichtshofes als obligatorisch an, und zwar ipso facto und ohne besondere Übereinkunft. In denjenigen Fragen, wo es zweifelhaft ist, ob es sich um Differenzen über die gegenseitige Rechtslage handelt, oder bei der Kategorie derjenigen Fragen, die in Artikel 36 Abs. 2 des Statutes des Haager Schiedsgerichtshofes erwähnt sind, soll dieser Schiedsgerichtshof selbst entscheiden.
3. In allen denjenigen Streitfragen, die nicht unter die obengenannte Regelung fallen und in denjenigen, wo eine Übereinkunft durch eine Intervention des Völkerbundsrats auf Grund von Artikel 15 des Statutes nicht erreicht werden kann, kommen die Signatarstaaten überein, sich folgendem Verfahren zu unterwerfen:

a) die Streitfrage wird einem Komitee von Schiedsrichtern unterworfen, das auf Grund gegenseitiger Übereinkunft zwischen den beiden Parteien gebildet wird;

b) falls die beiden Streitenden Parteien nicht zu einer Übereinkunft über die Zahl, die Personen und Machtbefugnisse der Schiedsrichter oder über das schiedsgerichtliche Verfahren kommen, kann der Völkerbund selbst auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses das Schiedsrichterkomitee bilden und die Fragen festlegen, über die das Komitee entscheiden soll;

c) die Streitenden Parteien verpflichten sich, innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die Entscheidung des schiedsgerichtlichen Komitees anzunehmen und im Laufe einer Zeit von sechs Monaten loyal durchzuführen.

4. Diese Konvention berührt in keiner Weise die Rechte und Verpflichtungen der Signatarstaaten, sowie andere schiedsgerichtliche Konventionen, die bereits bestehen oder in Zukunft eingegangen werden.

In der Begründung zu diesem Entwurf wies Nansen darauf hin, daß eine internationale Konvention über die schiedsgerichtliche Regelung von Streitfragen die Durchführung der Abrüstung erheblich erleichtern würde. Die Abrüstung sei jedoch auch auf Grund des Völkerbundsstatutes durchführbar. Der Stand der gegenwärtigen Rüstungen in Europa sei noch außerordentlich hoch. Die Militärbudgets in Europa betrügen gegenwärtig insgesamt 19 Milliarden Goldfranken. Sie entsprächen beinahe dem Niveau der Rüstungsausgaben von 1914. Die von ihm vorgeschlagene schiedsgerichtliche Regelung könnte auf dem Wege der Abrüstung einen Schritt vorwärts bedeuten.

Der in dem Konventionentwurf Frithjof Nansens erwähnte Artikel 36 Abs. 2 des Statutes des Haager Schiedsgerichtshofes umfaßt folgende Streitfragen, für die nach dem Konventionentwurf in Zukunft der Haager Schiedsgerichtshof auschl. zur endgültigen Regelung zuständig sein soll.

Tages-Spiegel

Graf Bernstorff entwickelte gestern den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage.

Der norwegische Delegierte Frithjof Nansen legte in der Abrüstungskommission einen neuen Schiedsgerichtsentwurf vor.

Die deutsch-litauischen Besprechungen werden wegen der Abreise Woldemaras nach Rom erst Ende des Monats in Berlin fortgeführt.

Der Ältestenrat des Reichstags hat seine Beratung über die Herbstsitzung auf heute vertagt.

Vor Swinemünde fand gestern die Parade der Reichsmarine vor Hindenburg statt.

Die Arbeitsmarktlage in der zweiten Septemberwoche hat sich nach dem Bericht der Landesarbeitsämter weiter gebessert.

1. Streitigkeiten über die Interpretation von internationalen Verträgen.
2. Streitigkeiten über die von einem Staate übernommenen Entschädigungsverpflichtungen.
3. Festsetzung der Höhe dieser Entschädigungsverpflichtungen.
4. Die Streitigkeiten über die Auslegung von Bestimmungen des internationalen Rechts.

Die Generaldebatte über die Abrüstung.
Im weiteren Verlauf der Generaldebatte über die Abrüstungsfrage im Abrüstungsausschuß des Völkerbundes sprach sich der italienische Delegierte für den polnischen Resolutionsentwurf in der vorliegenden Form aus, während der griechische Delegierte betonte, daß der polnische Antrag von der vorbereitenden Abrüstungskommission behandelt werden müsse, die sich überhaupt mit dem Gedanken der Sicherheit eingehend zu beschäftigen haben werde. Darauf sprach der Unterstaatssekretär im englischen Kriegsministerium, Lord Dnslow, der sich gegen die Erklärungen Paul Boncour's wandte und betonte, daß in den allgemeinen Fragen der Abrüstung bereits eine Einigung erzielt sei. Es müsse gegenwärtig ein Fortschritt in der moralischen Abrüstung festgestellt werden. Je mehr man die Dinge studiere, desto mehr sehe man die Schwierigkeiten, die in den Verhältnissen der einzelnen Länder begründet seien. England befinde sich bereits auf dem Wege der Abrüstung und sei entschlossen, die übernommenen Abrüstungsverpflichtungen durchzuführen und die Abrüstungsfrage zu einem Erfolg zu führen. England sei ferner bereit, die Kontrolle der privaten und staatlichen Waffenherstellung in Erwägung zu ziehen. Lord Dnslow betonte sodann, England könne den bisher übernommenen Verpflichtungen keine neuen hinzufügen.

Noch kein Termin für den Reichstagsbeginn

U. Berlin, 15. Sept. Der Ältestenrat des Reichstages trat gestern zu der angekündigten Sitzung zusammen, um über den Vorschlag des Präsidenten Löbe, die Zwischentagung am 3. Oktober beginnen zu lassen, zu beraten. Der Reichskanzler hatte jedoch dem Präsidenten mitgeteilt, daß bis zu diesem Termin weder das Reichsschulgesetz noch das Liquidationsschädengesetz, noch die Besoldungsordnung soweit gebieter seien, daß diese Vorlagen vor den Reichstag kommen könnten.

Mit Sicherheit würden die drei Gesetze erst für den 17. Oktober für die Reichstagsberatungen fertiggestellt sein. Abg. v. Gnerard (Ztr.) erklärte, daß er bei dieser neuen überraschenden Sachlage sich an den weiteren Beratungen des Ältestenausschusses nicht mehr beteiligen könne, vielmehr zunächst den Vorstand seiner Fraktion befragen werde. Er schlug deshalb Vertagung des Ältestenrates auf Donnerstag vor. Reichsinnenminister v. Knebel legte dar, daß die Beratungen des Reichsrates über das Reichsschulgesetz längere Zeit in Anspruch nehmen müßten und zwar wegen der preussischen Anträge und auch wegen der Fristen, die die übrigen Länderregierungen mit Ausnahme von Bayern für ihre Stellungnahme zu diesen Anträgen verlangt hätten. Die Abgeordneten Dittmann (Soz.) und Graf Westarp (Dnt.) schlossen sich dem Antrag auf Vertagung an. Der Ältestenrat vertagte hierauf die Beschlusfassung über den Wiederzusammentritt des Reichstags auf heute nachmittag.

Dr. Scholz über Schulgesetz und Konkordatsfrage

11. Berlin, 14. Sept. In einer Konferenz der Gruppenvorsitzenden und Vertrauensleute des Wahlkreisverbandes der Deutschen Volkspartei Ostpreußen in Königsberg erörterte der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, die Arbeit und Ziele der Deutschen Volkspartei. Auf dem Gebiete der Innenpolitik bezeichnete er das Reichsschulgesetz als eine der wichtigsten Fragen. Die Deutsche Volkspartei werde keinem Entwurf zustimmen, der die absolute Schulpflicht des Staates nicht völlig unangetastet lasse. Zur Konkordatsfrage äußerte sich Dr. Scholz dahin, daß nach dem heutigen Stande der Reichsgesetzgebung ein Reichskonkordat überhaupt nicht in Frage komme. Eine Vereinbarung mit der katholischen Kirche, wie wir sie auch immer nennen, wer sie auch abschließen möge, und wes Inhalts sie auch sei, dürfe unter keinen Umständen die Schulpflicht des Staates antasten. Die Deutsche Volkspartei werde einen jeden solchen Versuch ablehnen.

Der Redner behandelte dann die Flaggenfrage und fügte hinzu: Die Weimarer Mehrheit hat Farben festgesetzt, die wir nicht lieben und an die wir uns nicht gewöhnen können. Das Bedenklichste ist, daß die Frage durch den Berliner Magistrat auf das Gebiet des Wirtschaftsboykottes geschoben wurde, der natürlich nicht nur von einer Seite angewandt werden wird. Bisher war es ein Kampf von Ideen und jetzt bedroht die Flaggenfrage die Existenz des Einzelnen. Vielleicht ist es unter diesen Umständen richtiger, den Weg des Volkseinstimmens einzuschlagen. Zwei Voraussetzungen — wahrscheinlich unerfüllbare — müßten dazu allerdings erfüllt werden. Alle prominenten Persönlichkeiten müßten absolut darauf festgelegt werden, die Stimme des Volkes anzuerkennen und es darf vorher unter keinen Umständen ein Wahlkampf geführt werden.

Reform des Postverkehrs

Ein Runderlaß des Reichspostministers.

11. Berlin, 14. Sept. Der Reichspostminister hat in einem Runderlaß die Oberpostdirektion unter Hinweis auf die durch die Gebührenerhöhung zu erwartenden Mehreinnahmen aufgefordert, die Frage der Erweiterung des Postverkehrs beschleunigt einer Prüfung zu unterziehen. Die Berichte der Oberpostdirektionen sollen bis zum 1. Oktober beim Reichspostministerium vorliegen.

Die Reform des Postverkehrs soll vor allem auf eine vermehrte Briefzustellung hinauslaufen. In den Geschäftsgegenständen soll ein sechsmaliger Zustelldienst statt des bisher viermaligen, in den übrigen Gegenden wenigstens ein viermaliger eingerichtet werden. Nach Möglichkeit soll auch in kleineren Orten mit bisher nur einmaliger Zustellung der Dienst verdoppelt werden. In den größeren Städten sollen die Paketannahmestellen, die während des Krieges stark eingeschränkt wurden, erheblich vermehrt werden. Zur Beschleunigung der Abnahme von Massenauslieferungen von Paketen soll in den Geschäftszentren den Selbstbüchern besonderes Entgegenkommen gezeigt werden. Die ständigen Mittagspausen im Schalterdienst sollen aufgehoben werden und nach Möglichkeit ein durchgehender Schalterdienst eingerichtet werden.

Auch die Zahl der Briefmarken- und Postkartenautomaten soll erheblich vermehrt werden, wobei die Automaten nach Möglichkeit außerhalb der Postämter aufgestellt werden sollen, um auch eine Nachtentnahme zu ermöglichen. Für die Landbestellung sollen Kraftwagen und Motorräder eingestellt werden.

Ministerbesprechung über die Frage des Postfinanzgesetzes.

11. Berlin, 14. Sept. Wie die U. erfährt, fand gestern vormittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Ministerbesprechung statt, in der die Frage des Postfinanzgesetzes erörtert wurde. Bekanntlich bestehen seit der letzten Tarifvorlage der Reichspost Bestrebungen, eine Aenderung des Postfinanzgesetzes herbeizuführen.

Englands Völkerbundspolitik

Erklärungen Chamberlains vor der Weltpresse.

Genf, 14. Sept. Der englische Außenminister gab anlässlich eines Presse-Empfangs einen bedeutsamen Einblick in die Völkerbundspolitik Großbritanniens. Mit großer Wärme betonte Chamberlain, daß England mit allen Kräften das Wachstum des Bundes fördere und an der allmählichen Lösung der großen Aufgaben entscheidend mitarbeite. Vor Uebereilung warnte er. Ohne Rußland zu erwähnen, sprach er die Hoffnung aus, daß zwischen Großbritannien und allen anderen großen Nationen ein friedliches Einvernehmen wiederhergestellt werden möge. Chamberlain erklärte schließlich, daß die von Frankreich hinter den Kulissen erstrebte Wiederaufrichtung des Genfer Protokolls einen nicht unbedeutenden Meinungsgegenstand hervorgerufen habe; den Briand zwar abzuschwächen versuchte, der aber in seinen Bemühungen von Paul Boncour stark behindert ist.

Es lag besonders in der Absicht des englischen Außenministers, der Weltpresse begreiflich zu machen, daß sich der Engländer bei vollem Verständnis für die Wünsche und Hoffnungen der europäischen Nationen auf neue Garantieverträge nicht einlassen könne. „Wir sind praktisch denkende Menschen und ziehen es vor, eine Situation den Umständen gemäß zu beurteilen. Das will sagen: von Fall zu Fall zu untersuchen, anstatt daß wir Vereinbarungen eingehen, die wir vielleicht nicht erfüllen können. Das englische Volk will den Frieden. Der Friede ist die Grundlage unserer Politik. Das beweisen wir in den Verhandlungen mit allen

Staaten, doch kann man von uns nicht verlangen, ganz bestimmte Richtlinien, die Traditionen der britischen Politik zu verlassen.“

Das ist der Schwerpunkt der Presseerklärung Chamberlains und zeigt die eigentlichen Motive der Zurückhaltung des englischen Kabinetts gegenüber dem Haager Weltfriedensgerichtshof.

Freie Einreise für Deutsche in Neu-Guinea

11. Berlin, 14. Sept. Wie die Morgenblätter aus Melbourne melden, hat die australische Regierung beschlossen, die Verfügung, nach der Deutschen die Einreise in das Mandatsgebiet von Neu-Guinea verboten ist, mit Wirkung von Ende September ab zurückzuziehen. Deutsche, die früher in Neu-Guinea gewohnt haben, bedürfen für die Einreise einer besonderen Erlaubnis, während Deutsche, die nicht schon in dem Mandatsgebiet gewohnt haben, ohne weiteres einreisen und sich in Neu-Guinea dauernd aufhalten können.

Kleine politische Nachrichten

Deutschland ratifiziert die Sklavereikonvention. In der 6. Völkerbundskommission für Politik gab Reichstagsabg. Prof. Hoersch im Namen der deutschen Reichsregierung die Erklärung ab, daß die Reichsregierung noch in diesem Jahre die Konvention über die Sklaverei vom Jahre 1926 ratifizieren werde. Die Kommission wird sich im Vertauere ihrer weiteren Besprechungen mit dem proportionalen Wahlsystem für den Völkerbundsrat zu befassen haben.

Neue Verletzung des Memelstatuts durch Litauen. Nach dem Memelstatut muß jeder im Memelgebiet neugewählte Landtag spätestens 15 Tage nach der Wahl zusammentreten. Da die letzten Wahlen am 30. August stattfanden, hätte der Landtag spätestens bis zum 14. d. M. einberufen werden müssen. Das ist bisher nicht geschehen. Litauen hat sich damit erneut einer schweren Verletzung des Memelstatuts schuldig gemacht. Wie verlautet, ist der Gouverneur des Memelgebiets zurzeit gar nicht in Memel anwesend, sondern weilt in Kowno.

Briands Ansicht zum Fall Rakowski. Wie die „Information“ sich über die Anschauung Briands über den Fall Rakowski melden läßt, besteht zwischen dem französischen Außenminister und den übrigen Kabinettsmitgliedern zwar keine Meinungsverschiedenheit über den Kern der Frage, wohl aber über die Form. Da Rakowski offiziell von seiner Regierung desavouiert wurde, sollte Tischtscherin für Rakowski einen Nachfolger auf den Pariser Posten aussuchen. Briand würde dieses normale Verfahren demjenigen einer Pariser Aufforderung, Rakowski abzurufen, vorziehen.

Keine Abberufung Rakowskis. Wie aus Moskau gemeldet wird, erklärt die Sowjetregierung offiziell, sie werde ihren Pariser Vorkäufer Rakowski nicht abberufen. Eine solche Abberufung würde den ersten Schritt zum Bruch mit Frankreich bedeuten. Die Sowjetregierung habe keinerlei Note erhalten, in der von der französischen Regierung die Abberufung des Vorkäufers verlangt werde.

Italiener-Ausweisungen aus Paris. Mehrere italienische Kommunisten, die in Paris ihr Asyl gefunden hatten, haben den Ausweisungsbefehl erhalten. Unter ihnen befinden sich zwei Direktoren bekannter italienischer Kommunistenblätter, der Schriftsteller Cilla und die früheren kommunistischen Abgeordneten Onudi und de Vittorio. In französischen Linkskreisen haben diese Ausweisungen große Erregung hervorgerufen.

Wieder ein Skandal in der polnischen Munitionsindustrie. Die U. Blätter melden aus Warschau: Einen neuen Finanzskandal hat der Konkurs der Firma Pociel hervorgerufen, die Munition für die polnische Armee herstellte. Die Aktiven der Firma betragen 6 Millionen Zloty, während sich die Passiven auf nicht weniger als 30 Millionen Zloty belaufen. In welcher Weise bei der Firma, die der Staat unterstützte, gewirtschaftet wurde, geht daraus hervor, daß 12 Direktoren tätig waren, von denen jeder 2000 Zloty monatlichen Gehalt bezog und ein Luxusauto zur Verfügung hatte.

Erneuter Vormarsch der chinesischen Südruppen. Wie aus Shanghai berichtet wird sind die letzten Truppen Sunkhuanfangs südlich des Yangtse zerstreut worden. Die Südruppen haben damit alle verlorenen Stellungen zurückerobert. Sie haben selbst den Yangtse in Richtung Pukow überschritten.

Aus aller Welt

Zugentgleisung bei Osabrück.

Auf der Strecke Münster-Osnabrück entgleisten an der Blockstelle Hohne infolge Schienenbruchs die vier letzten Wagen des D-Zuges 94. Personen wurden nicht verletzt. Der Materialschaden ist gering. Der vordere Zugteil setzte die Fahrt nach Aufnahme der Reisenden aus dem entgleisten Zugteil fort. Der Betrieb wurde 5 Stunden einseitig ausrechterhalten.

Spielende Kinder auf dem Dache.

Vor einem Hause der Frankfurter Allee in Berlin beobachteten Passanten zwei kleine Kinder, die aus dem Fenster einer Mansardenwohnung geklettert waren und an der vordersten Dachrinne des Hauses spielten. Bevor noch beherrzte Männer auf das Dach klettern konnten, war bereits der 4 Jahre alte Sohn eines Schuhmachermeisters auf die Straße gestürzt. Mit schweren Verletzungen wurde das Kind nach dem Krankenhaus gebracht. Unterdessen gelang es einem Hausbewohner, auf das Dach zu klettern und das andere Kind vor dem Sturz in die Tiefe zu bewahren.

Ferienkinder in der Diksee ertrunken.

Wie die Blätter aus Stettin melden, ist im Ostseebad

Carlshagen auf Usedom ein Knabe aus Schwab.-Hall, der zu den Insassen des Berlin-Treptower Kinderheims gehörte, ertrunken. Der Junge wurde von einer starken Welle in die See gerissen.

Ein zweites Unglück ereignete sich in Göhren auf Rügen. Eine Gruppe von Knaben des Kinderheims badete in der Nähe des Freibades. Einer der Jungen kam an eine tiefe Stelle und versank. Auf die Hilferufe eilte die Leiterin herzu, der es auch gelang, den Knaben zu fassen. Leider kam noch ein zweiter Knabe hinzu, der Hilfe leisten wollte. Auch dieser versank und die beiden Jungen klammerten sich an die Leiterin, die mit unterging. Erst einem dritten Knaben gelang es, das Fräulein an den Haaren aus dem Wasser zu ziehen, während die beiden Knaben, der Schüler Willi Martin aus Kupferdreh, und der Schüler Willi Häuserkotten aus Arnheim ertrunken sind.

Ein neuer Flugzeugtyp.

Auf dem Flughafen Bremen wurde dieser Tage durch Direktor Wulf der Fokker-Wulf-Flugzeugbau A.-G. ein neuer Flugzeugtyp eingeflogen, der eine vollständige Neuheit auf dem Gebiete des Flugzeugbaues darstellt. Bei diesem Flugzeug, der Fokker-Wulf-Ente, liegen nämlich die großen Tragflächen rückwärts, während die Schwanzflosse und Steuer vorn eingeordnet sind. Diese neuartige Konstruktion soll ein Ueberschlagen des Flugzeuges bei Start und Landung unmöglich machen und überhaupt auch bei Fehlern des Flugzeugführers die Gefahr von Abstürzen sehr vermindern.

Das Wrack der „Old Glory“ gefunden.

Das Wrack der „Old Glory“, mit der Lloyd Vertaud, James D. Hill und der Chefredakteur Philip Payne zum Flug Newyork-Rom gestartet waren, ist 100 Meilen von der Stelle entfernt, von der die Flieger die letzten SOS-Rufe ausstrahlten, auf 51 Grad 17 Min. nördl. Breite und 39 Grad 23 Min. westl. Länge auf dem Meere treibend gefunden worden, und zwar durch den von dem Blatte Paynes auf die Suche nach den Vermissten ausgesandten Dampfer „Kyle“. Von der Besatzung der „Old Glory“ konnte keine Spur entdeckt werden.

Aus Württemberg

Die süddeutschen Hausbesitzerverbände in Stuttgart.

Die Hausbesitzerverbände Badens, Bayerns, Hessens und Württembergs haben am 10. und 11. September im Bürgermuseum in Stuttgart eine Tagung abgehalten. Erschienen waren insgesamt 123 Vertreter süddeutscher Hausbesitzerverbände, und zwar von Konstanz bis Mainz. Gemeinderat Prof. Weitbrecht hatte den Vorsitz übernommen. Betont wurde u. a. ein geschlossenes künftiges Zusammengehen, somit eine Unterstützung der Tätigkeit des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzerverbände erstrebt werden soll. Der Stuttgarter Vereinsvorsitzende sprach gegen die geplante Erhöhung der Gebäudeeinkommensteuer; die Sätze würden sich auf 50 Prozent erhöhen und damit untragbar werden. Neubauten, die nach dem 30. Juni 1918 errichtet wurden, sollen einbezogen werden. Dazu käme dann noch die geplante Werterhaltungssteuer. Der Gesamtanfall an Steuern (ohne Brandschaden) würde für ein Haus von 100 000 M Steuerhöhe, bei beispielsweise 70proz. Vorkriegsbelastung, zu 35 Proz. 2100 M Gebäudeeinkommensteuer, zu 5 Proz. 300 M Werterhaltungssteuer, außerdem noch 600 M Grundsteuern (in vielen Städten des Landes erheblich mehr), insgesamt also 3000 M oder 50 Prozent der Jahresmiete betragen. Das sei nur ein Mittelbeispiel. Man habe dem deutschen Hausbesitzer einen Abbau auf 31. März 1926 versprochen; statt dessen wolle man die Steuern nun noch erhöhen. Die heutige Neuverschuldung des Hausbesitzers zu enorm hohen Zinsen sei erschreckend. Drei Nettojahresmieten würden im Durchschnitt kaum ausreichen für die Instandsetzung eines Hauses. Strengste Ablehnung ließ der Redner auch der neu geplanten Werterhaltungssteuer zuteil werden. Ein unbelastetes Haus würde allein für diese Steuer 964 M im Jahr und ein zu 50 Prozent belastetes 482 M zu tragen haben. Die Empörung gegen ein solches System und gegen die Reichsregierung habe dem Hausbesitz am Hals. Er werde bei den kommenden Wahlen die Konsequenzen ziehen. In besonderem kürztem Referat wurde noch die Einschränkung der Schnelligkeit der Lastautos innerhalb des Orts und eine bessere Vereinfachung gefordert, da die derzeitige Erschütterung den Häusern außerordentlichen Schaden zufüge. Architekt Knorz-Heilbronn, Vorsitzender des Landesverbandes, sprach zur Verlängerung der Wohnungszwangswirtschaft. Man rede immer davon, daß der Hausbesitz 10 Proz. der Bevölkerung umfasse und die andern 90 Proz. Mieter seien. In Württemberg aber haben wir 27 652 Eigenwohnungen, 102 140 Mieterwohnungen und 18 024 Dienstwohnungen. In den übrigen drei süddeutschen Ländern Baden, Bayern und Hessen, werde es auch nicht viel anders sein. Der von der Regierung vorgesehene Abänderungsentwurf des Mieterschutzgesetzes sei unpraktisch und umständlich. Der Reichstag solle sich endlich entschließen, der Zwangswirtschaft ein Ende zu machen. Es folgte dann die Annahme einer Erklärung, die schärfsten Einspruch erhebt gegen den Versuch einer weiteren Verlängerung der Wohnungszwangswirtschaft. Sie protestiert ferner gegen die geplante Erhöhung der Gebäudeeinkommensteuer und gegen die Neuentführung der sogenannten Werterhaltungssteuer. Beide Steuern machen jede Wiederinstandsetzung der Häuser unmöglich und verhindern die notwendige Wiederbelebung des Handwerks sowie die endgültige Beseitigung der Wohnungsnot. An alle bürgerlichen Parteien, die mit den Stimmen des Hausbesitzes rechnen, wird die dringende Mahnung gerichtet, sich seiner berechtigten Forderungen im Landtag anzunehmen.

Hindenburgs Dank und Wunsch

Reichspräsident v. Hindenburg hat an den Leiter der Hindenburgspende, Ministerialrat Dr. Karstedt, folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Ministerialrat! Aus Ihrem Bericht habe ich mit lebhaftem Interesse gelesen, in welcher hervorragender Weise sich trotz der Ungunst der Verhältnisse die weite Schicht des Wirtschaftslebens, der Gewerkschaften, der Arbeiterschaft, der Kommunen usw. an der Hindenburgspende beteiligen. Diese Tatsache hat mich aufrichtig gefreut. In jedem Beitrage zur Hindenburgspende sehe ich dankbar ein Zeichen freundlicher Gesinnung für mich und darum auch einen Beweis dafür, daß die Treue und Dankbarkeit gegen die Kriegsoffer und brüderliches Mitgefühl für ihre Not im deutschen Volke nicht erloschen sind. Wenn die Hindenburgspende ein günstiges Ergebnis zeigt, und mir damit die herzlich von mir gewünschte Möglichkeit gegeben wird, stärker als bisher in Einzelfällen Not und Elend in den Kreisen der Kriegsbeschädigten zu lindern, so werde ich gerne des Geistes der Treue und der Opferfreudigkeit gedenken, aus dem heraus mir das ganze deutsche Volk die Mittel in die Hand gegeben hat. Schon jetzt bitte ich Sie, allen, die die Freundlichkeit gehabt haben, den Gedanken dieser Spende zu meinem 80. Geburtstag in die Tat umzusetzen, meinen aufrichtigsten und herzlichsten Dank zu übermitteln. Ich hoffe dabei gern, daß Ihre und der sonst Beteiligten Mitarbeit auch weiterhin von gutem Erfolg begleitet sein möge. Das würde mir die größte Freude meines Geburtstages sein. Mit freundlichen Grüßen
v. Hindenburg.“

Aus Stadt und Land

Calw, den 15. September 1927

Dienstnachricht.

Dem Amtsverweser Oskar Stahl in Auenbach wurde eine Lehrstelle an der dortigen Volksschule übertragen.

Persönliches.

Auf dem internationalen Viehzeikongress, welcher dieser Tage in Paris stattfand, wurde der deutsche Austauschvortrag mit dem Thema „Ueber das Graphitentelektikum im Gußeisen“ von Dr.-Ing. Emil Schütz-Velpzig, einem Sohn des verstorbenen Bergrats Schütz-Calw, gehalten. Der interessante Vortrag des durch bedeutende Erfindungen bekannten Hüttenchemikers wurde von den ausländischen Fachleuten mit großem Beifall aufgenommen.

Von der Nagoldbahn.

An dieser Stelle berichten wir vor kurzem über den Empfang einer Abordnung des Nagoldbahnausschusses bei der Reichsbahndirektion Stuttgart. Von einem Mitglied dieser Abordnung werden nunmehr folgende eingehende, zum Teil richtigstellende Ausführungen zu den gepflogenen Besprechungen gemacht: Es handelte sich um die über 1 kmtr. betragende östliche Verschiebung des Bahnhofes Entingen und um die Beibehaltung der bisherigen direkten Kurve Hochdorf — alter Bf. — Entingen — Horb als zweigleisige Strecke, welche die direkte Durchführung der Nagoldbahnzüge nach Horb und der Oberniedarbahn gewährleistet. Durch die östliche Vorlegung des Entinger Bahnhofes würde nämlich ohne Beibehaltung dieser Kurve die Nagoldbahn in Entingen endigen, d. h. eine der verkehrsförderlichen Spitzkehren in Richtung Horb entstehen. Der Nagoldbahnausschuss will daher unbedingt die Möglichkeit der direkten Durchführung der Hauptzüge auf der Nagoldbahn nach Horb und weiter aufrechterhalten; eine Spitzkehre in Entingen würde dies außerordentlich erschweren. Nach den Erklärungen der Reichsbahndirektion Stuttgart handelt es sich aber nur um Entfernung des zweiten Gleises, da ein solches für die an sich ebenfalls nur eingleisige Nagoldbahn bis zu deren zweigleisigem Ausbau völlig ausreicht und erhalten bleibt. Der später erforderliche zweigleisige Ausbau dieser Kurve ließe sich mühelos und ohne besondere Kosten ausführen, die Möglichkeit, 2-3 Schnell- und Eilzüge direkt durchzuführen, ist und bleibt bestehen. Von einer direkten Durchführung von Zügen der Nagoldbahn über Entingen war keine Rede, diese

hat auch, da sowohl in Pforzheim als in Calw direkte Verbindungen auf kürzerem Wege nach Stuttgart bestehen, nur einen sehr begrenzten Wert. Dagegen werden die Züge Stuttgart-Freudenstadt nach Erstellung des neuen Entinger Bahnhofes durchgeführt werden. Bemerkenswert sei noch, daß bei dem starken Verkehr der Bezirke Neuenbürg, Pforzheim, Calw und Nagold mit der Universitätsstadt Tübingen, dem Sitz des für die württ. Bezirke zuständigen Landgerichts, die Station Horb nach wie vor der geeignetste Endpunkt der direkten Nagoldbahnlinie ist und daß durch die neue Spitzkehre bei Entingen, die für Personenzüge in Frage kommen wird, eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem früheren Vorkriegszustand, wo die Nagoldbahnzüge bis Horb durchfahren, eintreten dürfte. Die Beibehaltung der bisherigen Durchgangsmöglichkeit muß daher auch für einen Teil der Personenzüge mit allen Mitteln angestrebt werden.

Wetter für Freitag und Samstag.

Der Kern des Hochdruck hat sich nach Südosten verlegt. Im Norden bestehen immer noch verschiedene Depressionsgebiete. Für Freitag und Samstag ist immer noch zeitweise bedecktes, aber in der Hauptsache trockenes Wetter zu erwarten.

SCB. Wittberg, 14. Sept. Am Montagnachmittag stürzte oberhalb Talmühle der ledige Automechaniker König von Vörrach (Baden) von seinem Motorrad und wurde in bewußtlosem Zustand ins Calwer Krankenhaus verbracht.

SCB. Höfen a. G., 14. Sept. Das A. Stegmaier'sche Anwesen ging durch Kauf um 12 600 M an Nebel aus Meerburg a. B. über.

SCB. Oberschwandorf, 14. Sept. Gestern abend gegen 12 Uhr entstand aus bisher noch nicht aufgeklärten Gründen im Anwesen der Frä. Gottlieb Gutefunk Feuer, das sich ziemlich schnell ausdehnte. Die hiesige Feuerwehr war sofort zur Stelle. Die Weckerlinie von Nagold ist ebenfalls sofort alarmiert, bald auf dem Brandplatz eingetroffen. Weder das Wohnhaus noch die Scheune und sämtliches Mobiliar und Inventar waren zu retten. Die Wehren mußten sich lediglich darauf beschränken, die zwei dicht angrenzenden Wohnhäuser vor dem Uebergreifen des Feuers zu retten. Die Besitzerin und alleinige Bewohnerin des Anwesens, Frä. Gutefunk, konnte nur das nackte Leben retten.

SCB. Stuttgart, 14. Sept. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Der „Staatsanzeiger“ vom 13. d. M. veröffentlicht in seinem amtlichen Teil folgende Mitteilung: Am 80. Geburtstag des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, dem 2. Oktober 1927, werden auf dessen Wunsch keine amtlichen Feiern veranstaltet werden. Nach Anordnung des Staatsministeriums finden aber Schulfestern statt und es werden die öffentlichen Gebäude in den Reichs- oder Landesfarben beflaggt werden.

SCB. Schramberg, 14. Sept. Durch Einbringen schlechten Dehms brach im Anwesen des Arbeiters und Landwirts Eugen Rauch jr. in Tennenbronn am Montag ein Brand aus. Verbrannt sind zwei Schweine, ein Stück mußte, da es schon angebrannt war, sofort geschlachtet werden. Außerdem ist das ganze Inventar sowie 6 Stück Bienenvölker dem Feuer zum Opfer gefallen, ebenso die gesamten Futtermittel, die Rauch schon eingebracht hatte. Nach Aussagen soll dies das älteste Haus hier gewesen und vor mehr als 500 Jahren gebaut worden sein.

SCB. Ulm, 14. Sept. Gestern nachmittag entstand in der Scheuer des Bauern Luifart in Untereisingen während des Dreschens mit der Dreschmaschine ein Feuer. Trotzdem sofort an die Bekämpfung des Brandherdes durch die Ortsfeuerwehr gegangen wurde, gelang dies nicht. Der Stadel brannte vollständig nieder. Das Feuer sprang auf das Wohngebäude über und ergriff noch das Wohngebäude mit Stadel des Nachbarn Maier. Auch hier brannten beide Gebäude vollständig nieder. Die Ernte der Brandgeschädigten ist vernichtet. Maschinen und Geräte fielen dem Feuer zum Opfer. Dagegen konnte das Vieh rechtzeitig aus den Ställen entfernt werden. Drei Schweine kamen jedoch in den Flammen um. Am Brandplatz waren die Feuerwehren Untereisingen, Obereisingen, Taiffingen, Neu-Ulm und die Weckerlinie Ulm anwesend. Die beiden Anwesen sind sehr

hoch gelegen, und zwar zunächst der Kirche, die bald auch in Gefahr gekommen wäre. Das Wasser mußte in Gassenfassern von unten heraufgeschafft werden, was eine erfolgreiche Bekämpfung des Feuers unmöglich machte. Die brandgeschädigten Familien wurden bei anderen Einwohnern untergebracht, ebenso das Vieh.

SCB. Vom Bayerischen Allgäu, 14. Sept. Das Unwetter, das letzte Woche im Allgäu niedergegangen ist, hat sich in dem kleinen Bergdorf Tronsberg besonders katastrophal ausgewirkt. Die Gemeinde hat im Vorjahr unter großen Mühen und Kosten eine neue Straße gebaut, die jetzt auf eine längere Strecke unter einem Berggrutsch begraben liegt, so daß jeder Verkehr unterbunden ist.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden	168,57
100 franz. Franken	16,50
100 schweiz. Franken	81,13

Börsenbericht.

Auch gestern war das Geschäft an der Börse ziemlich gering. Die Kurse zogen teilweise an.

Produktenbörse und Marktberichte

des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. B.

E. C. Berliner Produktenbörse vom 14. Sept.

Weizen märk. 257-261; Roggen märk. 247-250; Sommergerste 220-265; Wintergerste 212-219; Hafer märk. 192 bis 209; Mais prompt Berlin 196-197; Weizenmehl 33,75 bis 37,25; Roggenmehl 32,75-34,75; Weizenkleie 15,25; Roggenkleie 15,25; Rapz 300-310; Viktoriaerbsen 46-52, kl. Speiseerbsen 20-29; Futtererbsen 21-22; Peluschken 21-22; Ackerbohnen 22-23; Wicken 22-24; Lupinen blaue 16-18; Rapzfuchen 16-18,40; Leinfuchen 22,60-23,10; Trodenschnitzel 14; Soyafuchrot 20-20,50; Kartoffelslocken 22,60-23. Tendenz: fest.

Calwer Vieh- und Schweinemarkt.

Bei dem am gestrigen Mittwoch stattgefundenen Vieh- und Schweinemarkt wurden insgesamt 210 Stück Rindvieh zugeführt; darunter befanden sich 19 Ochsen, 21 Stiere, 22 Kalbinnen, 56 Jungrinder und 92 Milchkuhe. Bezahlt wurden für Ochsen 1350 bis 1685 M, für Stiere 750-1250 M, je pro Paar; für Kühe wurden 480-620 M, für Kalbinnen 385 bis 660 M, für Jungrinder 165-350 M je pro Stück bezahlt. Auf dem Schweinemarkt waren 39 Läufer und 552 Milchschweine zugeführt. Bezahlt wurden für Läufer 70-165 M, für Milchschweine 28-58 M je pro Paar.

Pforzheimer Schlachtviehmarkt.

Auftrieb: 26 Ochsen, 13 Kühe, 21 Rinder, 15 Farren, 8 Kälber, 308 Schweine. Preise: Ochsen a 59-61, b 54 bis 57, Farren a 53-56, b und c 52-50, Kühe b und c 56-28, Rinder a 61-65, b 57-60, Schweine a 76-78, b 75-76, c 70-73 M. Marktverlauf: Großvieh langsam, Schweine lebhaft.

Heilbronner Schlachtviehmarkt.

Zufuhr: 2 Bullen, 9 Jungrinder, 19 Kühe, 75 Kälber, 170 Schweine. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Bullen 1. 51-53, Jungrinder 1. 61-63, 2. 54-56, Kühe 1. 34-40, 2. 27-32, Kälber 1. 80-82, 2. 74-77, Schweine 1. 77-78, 2. 72-75 M. Marktverlauf: Kälber und Schweine rasch verkauft, Großvieh mäßig belebt.

Ulmer Schlachtviehmarkt.

Zufuhr: 2 Ochsen, 3 Farren, 10 Kühe, 15 Rinder, 152 Kälber, 211 Schweine. Preise: Ochsen a 52-54, Farren a 44-48, b 40-42, Kühe b 28-32, c 18-26, Rinder a 54-56, b 50-52, Kälber a 74-76, b 68-72, Schweine a 68-70, b 62 bis 66 M. Marktverlauf: In allen Gattungen langsam.

Schweinepreise.

Blaubeuren: Läufer 20-35 M. — Buchau: Ferkel 20 bis 25 M. — Engendingen: Läufer 55-65 M. — Fellbach: Milchschweine 17-36, Schlachtchweine 98 M. — Gerabronn: Milchschweine 16-23 M. — Gschwend: Milchschweine 16 bis 24 M. — Ludwigsburg: Läufer 65, Milchschweine 15 3/4 M. — Murrhardt: Milchschweine 18-25, Läufer 72 M das Stück.

Calw, den 14. September 1927.

Todes-Anzeige.



Tiefbetrubt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht mit, daß unsere liebe Gattin, Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Luise Siebenrath

heute früh unerwartet rasch von uns geschieden ist.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Adolf Siebenrath, Küfermeister mit Kindern **Liesel** und **Emmy**;
die Eltern: **Georg Siebenrath** mit Frau.

Beerdigung Freitag Mittag 1/4 4 Uhr.
Für Blumen Spenden wird gedankt.

Calw, den 14. September 1927.

Todes-Anzeige



Unser lieber Vater und Großvater

Wilhelm Proß

ist heute Nacht im Alter von 88 Jahren sanft entschlafen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Freitag Nachmittag 2 Uhr vom Bezirkskrankenhaus aus.

Auenbach, den 14. September 1927.

Todes-Anzeige



Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Tochter und Schwester

Anna

im Alter von 18 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit sanft im Herrn entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
die Eltern: **Johs. Wurker u. Frau**, zum „Lamm“.

Beerdigung Freitag nachmittags 2 Uhr.

Bestellen Sie das
Calwer Tagblatt.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Calw.

Baumholzverkauf.

Einige abgängige Obstbäume werden am **Samstag, den 17. September 1927, nachm. 1 Uhr** verkauft.
Zusammenkunft bei der Neuen Handelsschule
Den 14. September 1927. **Stadtpflege.**

Calw.

Obstversteigerung.

Der Obstertrag von den im Eigentum der Stadt befindlichen Obstbäumen wird am **Samstag, den 17. September 1927, im Aufstreich** verkauft.
Zusammenkunft vormittags 9 Uhr bei der Schafschauer, nachmittags 1/2 Uhr bei der Kammfabrik.
Den 14. September 1927. **Stadtpflege.**

Schützengesellschaft

Calw



gegründ. 1794

Calw, 15. September 1927.

Das

Abschiedsschießen im alten Schützenhaus

findet am kommenden

Sonntag, 18. September, nachmittags ab 2 Uhr statt, wozu alle aktiven und passiven Mitglieder höflichst eingeladen werden.

S. A.: **der Schützenmeister: Dr. Autenrieth.**



Achtung!
Regelfreunde!
Achtung!

Am **Samstag, d. 17. Sept. v. abends 7 Uhr ab, am Sonntag, den 18. September von nachmittags 2 Uhr ab, sowie am Samstag, den 24. Septbr. von abends 7 Uhr ab und Sonntag, d. 25. Sept. von nachm. 2 Uhr ab** findet in der Branerei Dreiß großes

Preis-Regeln

statt, wozu freundlichst einladen mehrere Regelfreunde.
Die Preise sind im Schaufenster des Herrn Uhrenmachermeisters Eppinger ausgestellt.

Fahrnisversteigerung.

Am nächsten **Freitag, den 16. Sept., von nachmittags 2 Uhr ab** verkaufe ich im Auftrag im Hause von Frau Baurat **Bretschneider** in der Uhlandstraße folgendes:

1 Sopha mit 6 Sesseln, 2 vollständige Betten, 1 Weizzeugkasten, 1 Kleiderkasten, Sekretär, 1 runden, polierten Tisch, 1 Kommode, 1 Aufgahkommode, 2 Stühle, Liegestuhl, verschiedene Stühle, etwas Bettzeug und anderes mehr wozu Liebhaber einladet

Eutenmann, Stadtinventierer.

Posamenten:

Fransen, Schnüre, Quasten für Möbel, Vorhänge, Tischdecken
Lampenschirmseide

Emil Feil, Stuttgart
Eberhardstraße 55. Filiale

Frau Karl Eberhard Calw
beim Waghäusle

Für die Billigkeit einer Ware ist nicht nur der Preis ausschlaggebend, sondern vor allem die Qualität. Deshalb ziehen tüchtige Hausfrauen die Feinkostmargarine „Blauband“ allen anderen Marken vor.



Sahn-Turnschuhe

grau, Turnschläpfer
weiß und schwarz
mit Cromlederohle
sowie Fußballstiefel empfiehlt
Stoß, Lederstraße

Für unseren Verkaufsstand im Bahnhof Bad Liebenzell suchen wir per sofort einen **Verkäufer(in)** Ortsansässige, und solche die Kaution stellen können, werden bevorzugt.
Handelshaus f. Reisen, Verkehr
G. m. b. H. Stuttgart.

Ihren Bedarf an Druckerarbeiten

decken Sie vorteilhaft bei uns, wir bedienen Sie rasch, billig und gut. Lassen Sie sich unsere neuesten Muster vorlegen. —

Tagblattdruckerei

Fernsprecher 9 **Calw** Lederstraße 151



Das dankbare Seifenpulver

Grösste Ergiebigkeit und hervorragende Waschwirkung! Dixin ist für jedes Waschverfahren geeignet. Besonders vorteilhaft auch für die Maschinenwäsche!

Und zum Bleichen-Sil!

Die Geburt eines gesunden, kräftigen

Buben

zeigen in dankbarer Freude an

Ernst Kirchherr u. Frau Hedwig
geb. Dingler.

An dem am 1. Oktober beginnenden

3. Kochkurs

können sich noch einige Frauen beteiligen.
Persönliche Anmeldung erwünscht.

Die Leiterin
Frau Anna Dingler
Vorstadt 251.

Gaot-Dintel

roten Tiroler und Hohenheim. weißen Kolbendinkel empfiehlt

Otto Jung.



Neue und gebrauchte

Fässer

Krautständer, Fass-trichter, Wasch-zuber, Kübel, Pflanzenkübel, empfiehlt billigst

J. Schneider
Küfer und Küblerei.

Eine

Heuschauer

Breiterverschalung

4x6 m verkauft

J. Erhardt
Stammheim.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten-Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen.

Morgen Freitag abend 8 Uhr
Ausschussitzung
b. Kamerad Seeger Vorstadt

Jüngerer
Pferdebedient
sucht Stelle
Wer, sagt die Gesch.-St. ds. Bl.



Feinste
zuckerinße
Grauben
per Pfund
40 Pfg.
schöne
große
Äpfel
per Pfund
20 Pfg.



Frischer
Schellfisch
ohne Kopf p. Pfd.

30 Pfg.
beim ganzen Fisch

Feinste, feishe
Büdlinge
per Pfund

45 Pfg.



Gut möbl. heizb.
Zimmer
ist sofort oder später zu vermieten

3-4-Zimmer-Wohnung

Angebote mit Preisangabe unter **N. S. 215** an die Gesch.-St. ds. Bl. erbeten.
Von jungem Ehepaar (auswärtig.) wird eine nette

2 Zimmer-Wohnung
m. Küche gesucht. Pünktliche Zahlung d. Miete wird zugesichert. Gebl. Angebote mit Preis wollen auf der Gesch.-St. ds. Bl. abgegeben werden.